

Festveranstaltung 40 Jahre Mouvement Ecologique

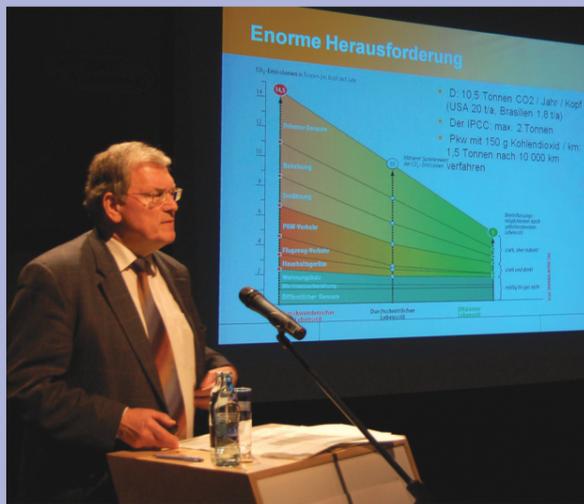


Gastvortrag "Gemeinwohl vor Markt – Wohlstand statt Wachstum / Zukunftsfähige Gesellschaften für morgen schaffen: kann es gelingen?"

Vor vollem Saal und unter Anwesenheit der Minister L. Lux und J. Krecké sowie zahlreicher Abgeordneter und Ehrengäste fand am Dienstag, den 17. Februar die Festveranstaltung zum 40jährigen Geburtstag des Mouvement Ecologique statt. Nach einem Rückblick und Ausblick der Präsidentin Blanche Weber, referierte Prof. Hubert Weiger, Präsident des „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ in einem aufschlußreichen Vortrag über die nachhaltige Entwicklung. Nach einer kurzen Fragerunde zum Vortrag gratulierte Umweltminister Lucien Lux dem Mouvement Ecologique für die geleistete Arbeit. Der Abend schloss mit einem guten „Patt“ und dem Geburtstagskuchen.

Auf www.oeko.lu finden Sie:

- die Rede von Blanche Weber
- Präsentation Prof. Hubert Weiger
- Kurzinterview mit Prof. Hubert Weiger
- Link zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“
- Stimmungsfilm des Abends
- Fotoreportage des Abends



OekoZenter Lëtzebuerg: Grünes Licht für einen zeitgerechten Neubau

Ende Januar hat der Gemeinderat der Stadt Luxemburg das Vorprojekt eines neuen ökologischen Zentrums, das von dem Architektenbüro Steinmetz De Meyer ausgearbeitet wurde, genehmigt. Dieser Neubau ist Teil eines Gesamtvorhabens zur Revitalisierung des Pfaffenthals, das zusätzlich den Umbau der angrenzenden Primärschule sowie den Bau von Wohnhäusern begriff.

Das neue Zentrum wird in Passivhaus-Bauweise am Standort des aktuellen Gebäudes errichtet, das abgerissen wird. Während der Abriss- und Bauarbeiten werden alle Aktivitäten des Zentrums in das benachbarte Pfarrhaus verlagert, das derzeit in Stand gesetzt wird.

Bei der Wahl der Baumaterialien, dem Bauwerk selbst und der (technischen) Einrichtung werden höchste Maßstäbe aus der Sicht eines nachhaltigen Bauens angelegt werden. Das Bauwerk wird fast ausschließlich ein Holzbau sein.

Neben zeitgerechten Arbeitsbedingungen für das Personal – von Mouvement Ecologique, Stiftung ÖkoFonds, Klimabündnis Luxemburg und den Beratungsdiensten des Zentrums selbst sowie von befreundeten Organisationen – wird der Neubau jedoch in erster Linie eine Plattform darstellen, um für eine nachhaltige Entwicklung in unserer Gesellschaft zu werben: Seminarräume sollen

Konferenzen und Weiterbildungsseminare vor Ort ermöglichen, ein Dokumentationszentrum Anlaufstelle für interessierte BürgerInnen und bestimmte Zielgruppen darstellen, eine Cafeteria mit Küche die Attraktivität des Zentrums steigern und den Rahmen für ernährungsspezifische Aktivitäten bieten. Die Bruttofläche des Gebäudes beläuft sich auf 1.672 m².

Der Gesamtpunkt (inklusive u.a. Abrissarbeiten, Amenagierung des Außenbereiches, Architekten- und Ingenieurhonorare sowie Mehrwertsteuer) beläuft sich auf 5,2 Millionen Euro. Die Arbeiten werden von der Stadt Luxemburg (prä-)finanziert; der Staat beteiligt sich mit 90% an den Investitionskosten. Die Stadt Luxemburg wird Besitzerin des neuen Gebäudes sein. Die Inneneinrichtung wird von Organisations-Seite aus finanziert werden. Nach der Genehmigung des Vorprojektes durch den Gemeinderat der Stadt Luxemburg wird nun das definitive Projekt ausgearbeitet, das dann dem Gemeinderat zur definitiven Beschlussfassung unterbreitet wird.

Mit dem grünen Licht für das Vorprojekt geht nunmehr ein lang gehegter Wunsch des Mouvement Ecologique in Erfüllung: unser großer Dank dafür geht an die Regierung und im Besonderen an Umweltminister Lucien Lux sowie an den Schöffenrat der Stadt Luxemburg.

Zukunft nohalteg gestalten – ekologesch, sozial a gerecht

Konkret Virschléi vum Mouvement Ecologique fir d'Legislaturperiod 2009–2014



Traditionsgemäss erstellt der Mouvement Ecologique im Vorfeld der Legislativwahlen konkrete Ideen und Vorschläge für die nächste Legislaturperiode. Dies natürlich mit der Hoffnung, dass eine Vielzahl der Anregungen von Parteien und Politikern aufgegriffen werden und u.a. auch Eingang in das nächste Koalitionsabkommen finden ... und vor allem dass sie auch umgesetzt werden.

Im folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der zentralen Forderungen des Mouvement Ecologique, basierend auf einer detaillierteren 128-seitigen Broschüre. In dieser werden Vorschläge in folgenden Themenbereichen unterbreitet: Nachhaltige Entwicklung – EU-Politik – Demokratie – Bildung – Landesplanung – Wohnungsbau – Gemeindepolitik – Denkmalschutz – Natur- und Landschaftsschutz – Mobilität – Energie- und Klimaschutz – Wirtschaft – Landwirtschaft – Umweltschutz – Wasserwirtschaft – Gesundheitspolitik.

Die Broschüre kann durch Überweisen von 5 Euro auf das CCPLULL: LU16 1111 0392 1729 0000, BCEELULL: LU20 0019 1300 1122 4000 bestellt werden, oder auf der Internetseite des Mouvement Ecologique www.oeko.lu eingesehen werden. Eine Zusammenfassung ist dort ebenfalls in französisch verfügbar.

Lëtzebuerg um Wee an eng nohalteg Gesellschaft ...

Grundsätzliche Frage ist: entwickelt sich unsere Gesellschaft im Sinne eines "zukunfts-fähigen Luxemburgs"? Tatsache ist: Wir erreichen die Ziele des von der Regierung selbst erstellten nationalen Planes für eine nachhaltige Entwicklung in vielerlei Hinsicht derzeit nicht, u.a. was den Erhalt der Biodiversität, die Reduktion des Bodenverbrauchs, den Anteil des öffentlichen Verkehrs und viele andere Nachhaltigkeitsindikatoren anbelangt.

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise müsste ein deutliches Signal sein um eine ehrliche Analyse über die langfristige „Nachhaltigkeit“ unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells zu führen. Erachten wir ein stetig steigendes materielles Wachstum tatsächlich als sinnvoll und machbar in einer Welt mit begrenzten Ressourcen? Denken wir wirklich, dass Wachstum ein Garant für den Erhalt bzw. den Ausbau von Arbeitsplätzen ist? Bedeutet Wohlstand "immer mehr besitzen"?

Wie wollen und können wir morgen wohnen? Wie soll die Mobilität von morgen aussehen? Wie werden wir uns in Zukunft ernähren? Wie soll unser Wirtschaftsmodell aussehen? Welche Arbeitsplätze wollen wir schaffen, sichern und ausbauen?

Letztlich stellt sich auch die Frage, wie wir „Gutt liewen zu Lëtzebuerg“ definieren möchten: Ist eine konstante Steigerung des Bruttosozialprodukts wirklich ein erstrebenswertes Ziel? Ist der zunehmende „Konsum“ wirklich mit mehr „Lebensqualität“ verbunden? Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollte die Frage gestellt werden, ob für breite Teile der Bevölkerung die Frage nach „gutem Leben“ nicht wichtiger sein müsste als ein Anhäufen möglichst vieler materieller Güter. Und ob nicht vielmehr andere gesellschaftspolitische Prioritäten wie die Frage der sozialen Gerechtigkeit, der soziale Zusammenhalt in den Vordergrund rücken sollten.

Dabei sollten auch innovative Wege beschritten werden. Wer die politische Debatte verfolgt gewinnt öfters den Eindruck, als wollten wir allzu oft festgefahrene Wege nicht verlassen und wären höchstens bereit, diese und jene punktuelle Kurskorrektur anzubringen. Wir brauchen Mut, um neue Ideen zu entwickeln, uns für neue Prioritäten zu öffnen und eine Art „Zivilisationswandel“ in die Wege zu leiten. Ein Beispiel: Es gilt eine reelle Trendwende in der Mobilität sicherzustellen. Statt hier und da einer einzelnen neuen Buslinie, diverser Kreisverkehre und

Unterführungen um die Situation zu entkrampfen u.a.m., benötigen wir eine fundamentale Umorientierung in der Konzeption der Mobilitätspolitik. Dies bedeutet auch: Bus, Radfahrer und Fußgänger sollen das Stadt- und Dorfbild der Zukunft prägen, öffentlicher Transport sollte als selbstverständliches Fortbewegungsmittel zum Arbeitsplatz gelten, autofreie Siedlungen Standard werden u.a.m. Es handelt sich hier, wie in vielen anderen Bereichen, nicht in erster Linie um ein technisches Problem, sondern um ein grundsätzliches Umdenken, sowohl was die Rahmenbedingungen wie auch die Vorstellungen in unseren Köpfen anbelangt. Es reicht nicht mehr aus, Dinge „etwas besser“ zu machen, wir müssen sie zum Teil grundsätzlich verändern.

Somit können auch neue wirtschaftliche Chancen genutzt werden, die derzeit (noch) nicht in genügendem Ausmaß erkannt und wirksam aufgegriffen werden. Wir brauchen innovative Akzente, die den Strukturwandel – der eh kommen wird und muss – beschleunigen.

Luxemburg hat die Ressourcen für einen gesellschaftlichen Wandel. Hierzu benötigen wir jedoch die Bereitschaft unser Wissen in konkretes Handeln umzusetzen. Ein Dreiklang ist notwendig: Besser – anders – weniger, oder aber anders formuliert: erforderlich ist ein Dreiklang von Dematerialisierung (Effizienz, weniger Ressourcen verbrauchen), Naturverträglichkeit (Konsistenz) und Selbstbegrenzung (Suffizienz). Der notwendige Zivilisationswandel im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erfordert:

- eine grundsätzliche Debatte darüber, wie die Gesellschaft von morgen angesichts der Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung aussehen kann;
- die Bereitschaft, sich neuen Entwicklungen zu öffnen und Chancen aufzugreifen, Risiken durch bewusstes Herangehen zu minimieren;
- gesellschaftliche Übereinkünfte über diese Zukunftsgestaltung, auch kultureller Natur;
- die erforderlichen Rahmenbedingungen und Strukturen;
- die Bereitschaft neue Wege zu gehen und neuen Lebensvorstellungen Raum zu geben;
- prioritär Investitionen in Menschen;
- lebenslanges Lernen;
- und nicht zuletzt klarere Vorstellungen darüber, wie wir „gutes Leben“ definieren wollen.

14 Herausforderungen für die neue Legislaturperiode bis 2014

1. Einen gesellschaftlichen Dialog über wesentliche Zukunftsfragen in die Wege leiten

Luxemburg steht vor zahlreichen grundsätzlichen gesellschaftlichen Herausforderungen: von der Problematik, dass ein begrenztes Wachstum auf einem begrenzten Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht möglich ist, der Frage der generellen Gestaltung des Wirtschaftsstandortes von morgen, den (sozialen und wirtschaftlichen) Veränderungen aufgrund der Klimaschutzmaßnahmen, der sozialen Kohärenz und Einbindung der ausländischen MitbürgerInnen bis hin zur Frage unseres Lebensstils in Zusammenhang mit den Erfordernissen globaler Gerechtigkeit sowie der nachhaltigen Entwicklung.

Die nächste Regierung sollte, u.a. im Rahmen eines Zukunftstisches, einen gesellschaftlichen Dialog zu Grundsatzfragen der Zukunftsgestaltung gewährleisten. Den Rahmen dieser Debatten um die gesellschaftspolitischen Orientierungen von morgen müsste die „nachhaltige Entwicklung“ stellen. Hierzu gehört, dass im Koalitionsabkommen eine eindeutige Definition des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung verankert wird, so dass dieser nicht weiterhin äußerst widersprüchlich auch von politischen Kreisen (miß)braucht werden kann. Ebenso sollte sich deutlich zur Umsetzung des Planes für eine nachhaltige Entwicklung bekannt werden, indem dieser im

Koalitionsabkommen als politischer Rahmen ausdrücklich festgehalten wird. Die regelmäßige Veröffentlichung der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung sollte zudem eine Selbstverständlichkeit sein.

Vor allem aber sollte jede Regierungsentscheidung daraufhin untersucht werden, ob sie den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung entspricht; dieser „Nachhaltigkeitscheck“ sollte verbindlich eingeführt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ von einem Schlagwort zur politischen Wirklichkeit wird. Dies gilt im übrigen auch für den Staatshaushalt.

2. Neue Regierung fit für nachhaltige Entwicklung machen

Eine Reform der heutigen Strukturen auf Regierungsebene ist erforderlich, um verstärkt Akzente im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung setzen zu können und eine Kohärenz der sektoriellen Politikbereiche zu gewährleisten. Eine Reihe (zusammenhängender) Kompetenzen sind derzeit zu stark auf verschiedene Ministerien verteilt, Zukunftsherausforderungen (wie die nachhaltige Entwicklung) haben nicht den notwendigen Stellenwert. Folgende Neugliederungen sind notwendig:

- Schaffung eines Zukunftsministeriums „Nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt“ mit dem Ziel, der nachhaltigen Entwicklung den notwendigen

Stellenwert einzuräumen sowie die Themen Klima / Energie in einem Ministerium zu bündeln.

- Schaffung eines (Planungs-)Ministeriums für Landesplanung und Mobilität um der Landesplanung den gebührenden Stellenwert mit einem eigenständigen Ministerium zu geben und um alle zentralen Kompetenzen im Bereich Planung in einem Ministerium zusammenzuführen (die ausführende Baupolitik sowohl im Bereich öffentlicher Transport als auch im Bereich Straßenbau soll durch das Bauministerium gewährleistet werden, jedoch nicht die eigentliche Planung).

- Audit der Funktionsweise und Reorganisation des Innenministeriums damit das Innenministerium in Zukunft ein besserer Ansprechpartner für BürgerInnen und Gemeinden darstellt, statt dass die Kontrollfunktion überwiegt.

- Schaffung eines „Ministère de l'Intérieur, du Logement, de l'Urbanisme et du Développement communal“, damit alle Kompetenzen betreffend Gemeinde- und Stadtentwicklung schlagkräftiger in einem Ministerium gebündelt werden.

- Reform der Landwirtschaftsministeriums: Schaffung einer Abteilung „Umwelt und Landwirtschaft“ um



innerhalb des Landwirtschaftsministeriums ökologische Fragestellungen aufzuwerten.

- **Reform der Umweltverwaltung auf der Grundlage eines externen Audits im Sinne eines integrierten Umweltschutzes**, statt der derzeitigen Einteilung in einzelne Ressorts, sowie im Hinblick auf pro-aktiveren Initiativen gegenüber Betrieben, Gemeinden und

Haushalten.

- **Eingliederung des Wasserwirtschaftsamtes in die Umweltverwaltung**, denn dadurch kann eine effizientere Politik durchgeführt werden.
- **Reform der Forstverwaltung**, um somit u.a. den Naturschutzgedanken innerhalb der Verwaltung zu stärken.

- **Schaffung eines Ministeriums für Gesundheit, Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**: diese Aufgaben gehören in eine Hand.
- **Schaffung einer Abteilung "Umwelt und Prävention" im Gesundheitsministerium**, so dass die Prävention und die Berücksichtigung von Umweltaspekten im Gesundheitsministerium verstärkt werden.

3. Demokratie und aktive Bürgerbeteiligung neu beleben

Nach wie vor sind auch viele BürgerInnen bereit, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Doch die Voraussetzungen für das Engagement sind heute anders als noch vor Jahren (z.B. wird eher eine „Mitarbeit“ als ein regelmäßiges Engagement angestrebt). Deshalb sollte die nächste Regierung ähnlich wie bereits in anderen Ländern untersuchen, wie das Engagement auf allen Ebenen gefördert werden kann. Ein gutes Instrument in diesem Sinne ist die Entwicklung eines Aktionsplans „**Förderung des bürgerschaftlichen Engagements – Engagement citoyen dans la société**“. Dabei sollte zudem untersucht werden, ob nicht der „**congé associatif / congé politique**“ unter bestimmten Voraussetzungen eingeführt werden könnte.

Dazu gehört aber auch, dass den BürgerInnen elementare Informationsrechte zugestanden werden. Entsprechend muss endlich die „**Aarhus-Konvention**“, die dem Einzelnen **verstärkte Informations- und Beteiligungsrechte** einräumt,

nicht nur umgesetzt, sondern auch konkret mit Leben gefüllt werden. Dies geht nur, wenn in allen Verwaltungen / Ministerien eine Person für deren Umsetzung zuständig wird und auch Gemeinden / Dienststellen zufriedenstellend über Aarhus mittels Rundschreiben informiert werden. Eine **verstärkte Ausbildung von Moderatoren für Bürgerbeteiligungsprozesse, Diskussionsveranstaltungen** sollte den aktuellen Mangel an qualifizierten Personen beheben: Bürgerbeteiligung muss über reine Informationsversammlungen hinaus gehen.

Am gesellschaftspolitischen Leben teilnehmende Erwachsene setzen aber auch eine entsprechende schulische Bildung (und Weiterbildung) voraus. Es gilt Kindern und Jugendlichen Kompetenzen und Einblick in gesellschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln, globales und vernetztes Denken zu fördern ... weit über die klassische Umweltbildung

hinaus. Deshalb sollte umgehend eine **Strategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“** erstellt werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung müssen in den **Lehrplänen und in der Schulentwicklung sowie im außerschulischen Bereich** (auch für Erwachsene) gewährleistet werden.

Es gilt aber auch neue Akzente auf EU-Ebene zu setzen. Eine stärkere Mitwirkung der Zivilgesellschaft könnte ein Garant dafür sein, dass der „**Bottom-up**“-Ansatz der EU gestärkt wird. Gerade Nichtregierungsorganisationen könnten zu einem gesellschaftlichen Diskurs über europäische und globale Fragen entscheidend beitragen. Deshalb sollte im Umweltbereich eine **Konvention zwischen Staat und Nichtregierungsorganisationen** verwirklicht werden, die letztere befähigt, aktiver und professioneller auf **europäischer Ebene** zu arbeiten.

4. Zukunftsthemen „Soziales und Ökologie“ miteinander verknüpfen

Soziales und Ökologie sollten und können Hand in Hand gehen, allerdings müssten weitaus vermehrt konkrete Initiativen in diesem Sinne ergriffen werden. Tatsache ist, dass sich Umfragen zufolge sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen z.T. weniger umweltbewusst verhalten, da ihnen schlichtweg u.a. auch die Finanzmittel fehlen (Stichwort Altbauanierung, Kauf energiesparender Haushaltsgeräte, die beim Einkauf etwas teurer sind). Zudem werden auch bei den generell durchgeführten Kampagnen ausländische Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend angesprochen.

Darüber hinaus ist gewusst, dass mittel- bis langfristige Maßnahmen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung dazu führen können, dass vor allem neue Arbeitsplätze

geschaffen bzw. bestehende erhalten werden, in verschiedenen Branchen jedoch auch Probleme entstehen können (z.B. im Automobilsektor). All jene Herausforderungen sollten bewusst aufgegriffen werden, Mittel zum Erreichen der Ziele gibt es genug: So sollten spezifische **Informationskampagnen für ausländische Bevölkerungsgruppen** gewährleistet werden. Für **sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen** sollte ein **spezieller Aktionsplan** erstellt werden, um vermehrt ein nachhaltigkeitsbewusstes Verhalten zu ermöglichen. Dabei gilt es sich Instrumente zu überlegen wie ein Nullzinsdarlehen, kostenlose Energieberatung... Doch sollten Staat und Gemeinden auch ihre Verantwortung übernehmen, und verstärkt **Renovierungsarbeiten im**

Bereich des sozialen Wohnungsbaus auch gemäß Nachhaltigkeitskriterien durchführen. Es gilt darüber hinaus die **Verlagerung von Arbeitsplätzen** infolge von unausweichlichen Klimaschutzmaßnahmen offensiv anzugehen, u.a. durch Weiterbildungsprogramme ... Dabei sollte sehr spezifisch die Situation der in Luxemburg ansässigen Betriebe untersucht werden.

Aber auch die Chancen im neuen Arbeitsmarkt sollten bewusst aufgegriffen werden, indem ein **Aktionsplan „Green Jobs“** vorangetrieben wird (d.h. welche Branchen können gezielt im Umweltbereich, sei es in der Produktion, in der Beratung, im Verkauf ... gefördert werden).

5. Wirtschaftspolitik: konjunkturelle Probleme angehen, aber auch langfristig denken

Fast seit Jahrzehnten wird darüber diskutiert, Luxemburg solle sich als Standort im Bereich „Umwelttechnologien“ profilieren. Lange Zeit blieb es bei der theoretischen Absicht, und es ist positiv zu werten, dass (wenn auch spät) nunmehr erste Ideen für eine derartige Analyse seitens des Wirtschaftsministeriums vorgelegt wurden. Der Mouvement Ecologique tritt dafür ein, dass die **Analyse „Luxemburg als Standort für Umwelttechnologien“** mit aller Konsequenz fortgeführt wird und konkrete Umsetzungsschritte in der neuen Legislaturperiode erfolgen.

Darüber hinaus ist eine **grundsätzliche Debatte** notwendig, wie wir uns **einen Wirtschaftsstandort von morgen, der den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung gerecht wird**, vorstellen. Dies umso mehr als in Zukunft eine Reihe von „Nischen“, so u.a. der Tanktourismus, aus vielfältigen Gründen – z.B. aufgrund von EU-Bestimmungen – wegbrechen werden und somit auch der Staatshaushalt betroffen sein wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Wachstumsfrage: ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum in einer Welt mit begrenzten Ressourcen ist nicht möglich. Insofern muss die **Lissabon-Strategie und die Nachhaltigkeitsstrategie unbedingt ein Ganzes** ergeben. In diesem Zusammenhang ist

auch ein **Strategieplan „Energie- und Ressourceneffizienz“** notwendig, hier tat sich in Luxemburg bis dato recht wenig, dabei gibt es dort noch erhebliche Potenziale zur Optimierung von Produktionsprozessen und Produkten, die im Interesse aller sind und noch nicht ausreichend genutzt werden. Somit kann zumindest teilweise eine Entkoppelung von Wachstum und Energie- und Ressourceneffizienz gewährleistet werden.

Eine derartige Strategie würde eine sogenannte „**Win-Win**“-Situation darstellen, mit Vorteilen für alle: Betriebe sparen Geld, die Wirtschaft wird gestärkt, die Umwelt geschont. Dies gilt auch für zahlreiche weitere Forderungen, die u.a. bereits im Kapitel „Soziales“ angeführt wurden. Z.B. auch in der Studie „Green Jobs“, die unbedingt vorangetrieben werden muss. Doch auch Initiativen wie die Altbauanierung, der Ausbau der erneuerbaren Energien ... stärken den Standort und die Arbeitsplätze in Luxemburg.

Neben einer notwendigen industriellen Basis und einem wichtigen Dienstleistungssektor stellen Handwerk und Handel das eigentliche Rückgrat unserer Wirtschaft dar. Wichtig ist eine **Vorreiterrolle des Staates** um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern, dies u.a. mittels modellhafter Ausschreibungen um regionale, umweltschonende Produkte

zu unterstützen. Doch auch **neuartige Dienstleistungsunternehmen im Umweltbereich** gilt es aufzubauen: wie z.B. Car-Sharing-Initiativen, Mitfahrzentralen, der Verleih statt der Verkauf von Produkten, der Ausbau von Reparaturzentren... Ebenso liegt erhebliches Ausbaupotenzial auf der Beratungsebene: systematische Betriebsberatung im Sinne des Umweltmanagements, Ausbau der Energieberatung, Energiespar-Contracting... sind diesbezügliche Stichwörter.

Der Mouvement Ecologique setzt sich aber auch weiterhin für eine **nachhaltige Steuerreform** ein. Derzeit wird die Arbeit sehr stark besteuert, die Umweltbelastung (durch Emissionen) sowie der Ressourcenverbrauch aber nach wie vor nicht in dem notwendigen Ausmaß. Hier muss endlich Kostenwahrheit hergestellt werden, damit Arbeit attraktiver und eine uneffizienter Umweltverbrauch weniger attraktiv wird. So kann auch ein Beitrag zur Finanzierung des Sozialsystems geleistet werden, wobei die Steuerreform kostenneutral sein sollte. Diese „nachhaltige Steuerreform“ ist ein zentraler Grundpfeiler der nachhaltigen Entwicklung. Deshalb sollte von der Regierung umgehend – in engem Dialog mit allen Akteuren – eine Studie in Auftrag gegeben werden, wie eine nachhaltige Steuerreform für Luxemburg aussehen und umgesetzt werden könnte.

6. Dank Klimaschutzgesetz und Programm „Energiesparen und erneuerbare Energien“ hin zu einer zukunftsorientierten Energiepolitik

Klimaschutz ist eine Notwendigkeit, aus ökologischer, aber auch mittel- bis langfristig aus ökonomischer Sicht. Trotzdem ist Luxemburg weit davon entfernt seine Klimaschutzziele bzw. generell eine Reduktion der Emissionen zu erreichen. Dies trotz des nationalen Aktionsplanes Klima, der zwar wichtige Instrumente beinhaltet, aber nur begrenzt umgesetzt wurde. Ein **neues Klimaschutzgesetz** soll in Zukunft gewährleisten, dass die Instrumente und Maßnahmen zum Klimaschutz auf allen Ebenen wirklich umgesetzt und konträre Entwicklungen / Entscheidungen zum Klimaschutz vermieden werden.

Nach dem Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten“ müssen die reichen Staaten mehr für den Klimaschutz tun als die armen. Dieses in Europa und in der Welt anerkannte Prinzip sollte sich die zukünftige Regierung zum Leitbild machen. Konkret bedeutet dies, dass Luxemburg beim Klimaschutz zuhause handeln muss, anstatt sich einem wesentlichen Teil seiner Reduktionsverpflichtungen durch den Kauf äußerst umstrittener Verschmutzungsrechte (den „Clean

Development“-Mechanismen, kurz CDM) zu entziehen (deren Kosten auf zwischen 215 und 250 Millionen Euro für die Periode 2008–2012 geschätzt werden). Diese Gelder fehlen zudem für nationale Klimaschutzmaßnahmen. Für die Kyoto-Phase 2008–2012 ist ein **Moratorium für den Ankauf weiterer CDM-Rechte sowie den sofortigen Verkauf von Senkenrechten** geboten.

Darüber hinaus gilt es sich der Tatsache zu stellen, dass in 30–50 Jahren die Öl- und Gasreserven aufgebraucht sein werden (übrigens auch die Uranreserven, die für Atomenergie notwendig sind). Insofern führt kein Weg am Energiesparen, der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien vorbei. Der Mouvement Ecologique erwartet in diesem Zusammenhang ein eindeutiges weiteres **Nein zur Atomkraft** seitens der politischen Parteien und der Regierung.

Die bestehende **staatliche Potenzialanalyse zu den erneuerbaren Energien** muss endlich mit Leben erfüllt und zu einer konkreten politischen Umsetzung führen: welche

Hemmschwellen zum Ausbau der erneuerbaren Energien gibt es derzeit und wie können sie behoben werden? Dies bedeutet auch die Fortführung der Einspeisetarife und der geltenden Reglemente, des Ausbaus der Nutzung des Grünen Stroms bei öffentlichen Bauten, der Ausschöpfung der sinnvollen Nutzung von Biomasse (prioritär von „Abfällen“), des systematischen Einbaus von Solaranlagen auch beim Staat, der Erstellung eines sektoriellen Planes für Windkraft u.a.m.

Energiesparen und Energieeffizienz müssen zum Leitthema der Umwelt-, Wirtschafts- und Energiepolitik werden: durch die Förderung des Energie-Contractings, Auflagen im Rahmen von Betriebsgenehmigungen, spezifischen Förderprogrammen „Energiesparen und Energieeffizienz“, zielgruppenspezifischen Sensibilisierungsaktionen... Vor allem auch gilt es nicht nur finanzielle Unterstützungen zu gewährleisten, sondern eine regelrechte **Markteinführungsoffensive**, z.B. betreffend die energieeffiziente Renovierung von Altbauten, den Bau von Niedrig- und Passivhäusern...

Eine qualifizierte **Energie-Beratung** muss landesweit nahe am Bürger gewährleistet werden. Dies bedeutet u.a., dass keine Zentralisierung auf die staatliche Agentur („my energy“) erfolgen darf, sondern alle Akteure, u.a. auch Gemeinden, als Partner auf der Grundlage der Subsidiarität anerkannt werden.

Die **Wärmeschutzverordnung für Neubauten** sollte zudem regelmäßig dem Stand der Technik angepasst werden. Doch auch eine **Marketingoffensive für Niedrig- und Passivhäuser** ist erforderlich, damit diesen effektiv zum Durchbruch verholfen wird. Ebenso muss die EU-Direktive umgesetzt werden, die auch

für **öffentliche und größere Neubauten strengere Grenzwerte** vorschreibt. Und nicht zuletzt: Ohne **Kontrolle** werden die besten Gesetze zum Teil nicht respektiert. Deshalb sollten Stichproben gewährleistet werden.

Unerlässlich ist zudem die **Stärkung der Rolle der Gemeinden**: Der Klimaschutz sollte als Aufgabengebiet der Gemeinden im Gemeindegesetz verankert werden, Energiaspekte sollten explizit im Rahmen der Bautenplanung berücksichtigt werden können, Gemeinden sollten auch in gewissen Grenzen im Energiebereich als „Wirtschaftsakteure“ auftreten können,

Nahwärmenetze gezielter gefördert werden.

Staat und Gemeinden sollen zudem eine **Vorreiterrolle** wahrnehmen, indem die eigenen Gebäude zügiger renoviert, strenge Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen festgelegt, die Nutzung erneuerbarer Energien optimiert, neue Bauten nur noch gemäß Niedrigenergie- und Passivhausstandard errichtet, gezielte Mobilitätskonzepte für staatliche und parastaatliche Strukturen erstellt, Ministerien und Verwaltungen mit spritsparenden Dienstwagen ausgestattet werden u.a.m.

7. Für eine starke Landesplanung und eine Steuerung der Regionalentwicklung – im Interesse der Lebensqualität

Nur durch eine politische Aufwertung der Landesplanung können eine zusätzliche Zersiedlung der Landschaft verhindert, Orte mit attraktiven Kernen entstehen, der öffentliche Transport an die Bedürfnisse der Menschen angepasst, Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammengebracht werden u.a.m. Sektorielles bzw. Kirchturmdenken stehen derzeit aber leider vielfach noch immer im Vordergrund auf Kosten des Gemeinwohls.

Deshalb gilt es, der Landesplanung mit den geeigneten Mitteln die notwendige Schlagkraft zu geben. Erforderlich ist vor allem die **schnelle und zügige Vorstellung, Debatte und Umsetzung aller sektoriellen Pläne**: geschützte Landschaften, Wohnungsbau, Aktivitätszonen und Transport. Diese müssen jedoch auch mit den Akteuren kontrovers diskutiert werden. Regionalplanung ist darüber hinaus nach wie vor ein absolutes Muss: Gemeinsam mit den Gemeinden sollten

Regionalpläne erstellt werden, die sich – statt theoretischer Konvolute – an konkreten regionalen Bedürfnissen orientieren; **Kooperationsstrukturen** sollten gebildet, ein **Regionalfonds** geschaffen und die **Finanzmittel stärker auf regionale Initiativen** fokussiert werden. In diesem Zusammenhang sei erneut hervorgehoben, dass eine **grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen** absolut notwendig ist. Kooperationsformen wie jene der **Naturparke**, aber auch im Rahmen von **„communités urbaines“**, sollten z.B. weiterhin mit aller Konsequenz unterstützt werden. Attraktive und authentische Ortschaften und Regionen entstehen aber auch über einen konsequenten Denkmalschutz. Damit dieser in Luxemburg von einer Feuerwehrrolle zu einer proaktiven Politik ommt, müssten vor allem die Ziele des Denkmalschutzes definiert werden und ein **„nationaler Aktionsplan Denkmalschutz“** mit Inventar entstehen. Dabei gilt es die Rolle der **Denkmalschutzbehörde**

aufzuwerten sowie den Stellenwert des Denkmalschutzes innerhalb des **Kulturministeriums**. Die nächste Legislaturperiode muss zudem unter der Leitidee einer verstärkten Zusammenarbeit in der **Großregion** stehen, dies u.a. im wirtschaftlichen Bereich, jedoch auch in Bezug auf die Lösung der grenzüberschreitenden Mobilität wie auch der sozialen und kulturellen Zusammenarbeit. Dies bedingt u.a., dass der Aspekt der Großregion in allen nationalen Planungen berücksichtigt werden muss (sektorische Pläne, Regionalpläne).

Grenzüberschreitende Kooperationen – von Gemeinden aber auch von Nichtregierungsorganisationen – sollten seitens des Staates bewusst (auch finanziell) gefördert werden. So wäre es sinnvoll, u.a. mittels Konventionen mit Nichtregierungsorganisationen ein stärkeres Engagement auf grenzüberschreitender Ebene zu ermöglichen.

8. „Fir eng méi menschengerecht Mobilitéit an der Zukunft“

Trotz einer Reihe von wichtigen Akzenten in der Mobilitätspolitik hat eine grundsätzliche Trendwende hin zum öffentlichen Transport noch nicht stattgefunden. Diese ist nur möglich, wenn ein Umdenken „in den Köpfen“ stattfindet und das Bild einer „anderen Mobilität“ die Oberhand gewinnt.

Die Mobilität muss dem Klimaschutzgedanken unterliegen, auch in diesem Bereich müssen die CO₂-Emissionen reduziert werden, in erster Linie durch einen höheren Modal-Split zugunsten des öffentlichen Transportes bzw. landesplanerischer Entscheidungen. Landesweit ist ein Modal-Split von **mindestens 30% zugunsten des öffentlichen Transportes notwendig**. Es gilt ein **Moratorium für den Bau größerer Straßenbauprojekte** auszusprechen und in aller **Konsequenz zentrale Projekte im Bereich des öffentlichen Transports prioritär umzusetzen** und die entsprechenden finanziellen Mittel und menschlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehören: Ausbau der Eisenbahnstrecke Bettendorf-Luxemburg; die moderne Stadtbahn sowie die Peripheriebahnstrecke Howald, Cessingen; Bau des „train-tram“ im Süden des Landes; Umbau des Bahnhofs Luxemburg sowie eine eventuelle Ausweitung der modernen Stadtbahn auf zusätzlichen Trassen.

Zudem gilt es einen **Aktionsplan „grenzüberschreitende Mobilität“** zu erstellen und die **Finanzierung von Infrastrukturprojekten in der Großregion** bzw. verbesserte internationale Verbindungen u.a. zum deutschen Raum zu gewährleisten (z.B. auch die Train-Tram-Linie im Raum Thionville-Metz).

Doch auch die **regionale Zusammenarbeit** sollte vom Staat weitaus stärker unterstützt werden. Stichworte sind in diesem Zusammenhang: interkommunale bzw. regionale Verkehrskonzepte, regionale / gemeindeübergreifende Verkehrskonferenzen zur Planung der Mobilität und der Werbung innerhalb einer Region.

Vor allem sollte die Mobilitätsplanung auch innerhalb der **kommunalen (Bauten)-Politik** an Bedeutung gewinnen, sie sollte in neuen Bebauungsplänen Berücksichtigung finden, Gemeinden sollten bei der Einführung oder dem Ausbau eines gemeindeübergreifenden öffentlichen Transportes unterstützt und verstärkt in Sachen Werbung für den regionalen Transport eingebunden sein u.a.m. **Innovative Konzepte**, wie jene des „shared space“ – d.h. einer schilderen Begegnungszone – sollten gemeinsam mit den Gemeinden erörtert werden.

Daneben gilt es die **Rechte der Fahrgäste** zu erhöhen, indem sie verstärkt mittels Fahrgastbeirat, Umfragen u.ä. in die Mobilitätspolitik einbezogen werden und auch vermehrt formale Rechte erhalten (z.B. Entschädigungen im Falle von erheblichen Verspätungen u.a.m.).

Darüber hinaus ist eine **systematische Stärkung des Verkehrsverbundes und der Mobilitätszentrale** ein absolutes Muss, damit diese noch weitaus dynamischere Akteure werden als bisher, und z.B. die Umsetzung von Mobilitätskonzepten für Betriebe u.a.m. vorantreiben können. Auch deren Verankerung in der Großregion ist unerlässlich. Generell gilt es nur alle möglichen und denkbaren Maßnahmen zu treffen, um den **Umweltverbund** (Zug, Bus, Radfahrer, Fußgänger) zu unterstützen. Deshalb muss umgehend der vom Transportministerium erstellte „Strategieplan zur sanften Mobilität“, der eine Fülle von Instrumenten enthält, umgesetzt werden.

Es bedarf zudem eines gezielten Konzeptes zur Verlagerung **des Güterverkehrs auf die Schiene**, ein weiterer konsequenter Ausbau der Flugbewegungen auf dem **Flughafen** ist grundsätzlich abzulehnen.

9. Neue Wege zu Flächen sparenden, sozialen und attraktiven Wohnformen wagen

Land wird knapper und teurer; dabei gilt es aber einerseits ausreichenden, sozial erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und andererseits zudem die Zersiedlung der Landschaft und den Landverbrauch zu mindern.

Der Mouvement Ecologique tritt ein für eine **Grundsatzdebatte: Welche Grundkonzeption der Wohnungsbaupolitik streben wir an?** Eine offene Diskussion über Prioritäten und die grundsätzliche Ausrichtung der Wohnungsbaupolitik ist notwendig. Fragen sind u.a.: Ist es Rolle des Staates die derzeitigen Wohnansprüche generell zu befriedigen, oder eher prioritär strategische Ziele zu verfolgen, wie z.B. Flächen sparend zu bauen, prioritär Mittel für sozial Schwächere zur Verfügung zu stellen ...

Ist eine Minderung des Flächenverbrauchs tatsächlich ein politisches Ziel? Was bedeutet Flächen sparendes

Bauen konkret? Was sind Instrumente der öffentlichen Hand, um dieses Ziel zu erreichen? Dabei gilt es verstärkt die soziale Dimension zu berücksichtigen. Es sollte aber auch eine **Debatte über Wohnformen** geführt werden: Welche Wohnformen sind im ländlichen Raum, welche im städtischeren Umfeld zu fördern, anstrebenswert?

Darüber hinaus gilt es sehr gezielt **„neue Wohnformen“ mittels spezifischem Aktionsplan** zu promovieren. Dieser soll innovativere Modelle bewußt fördern: Wohnen im Alter, Wohnen ohne Autos, „modulares Wohnen“ (d.h. Wohnen, das sich mit den Ansprüchen der Bewohner entwickelt ...) aber auch das Flächen sparende Bauen begreifen (Durchführung von Pilotprojekten, Sensibilisierungskampagnen ...). Gemeinden sollte zudem ein **„Nullzins“** bei Kreditaufnahmen seitens des Staates zugestanden werden, damit sie verstärkt auf dem Wohnungsbaumarkt aktiv werden können. Im Interesse der Valorisierung der Landesplanung gilt es aber auch den Wohnungsbaupakt, und vor allem

die finanzielle Förderung von Gemeinden, stärker an die **Kriterien der Landesplanung** zu binden (Gemeinden, die sich gemäß den Vorgaben der Richtlinien der Landesplanung nicht stärker entwickeln sollen, dürfen im übrigen keine finanziellen Nachteile haben).

Generell sollte die Wohnungsbauförderung überdacht und **Maßnahmenpläne für eine verstärkte Unterstützung sozial benachteiligter Personengruppen im Wohnungsbau bzw. im Bereich der Mietwohnungen** entwickelt werden.

Nachhaltige Entwicklung beinhaltet auch eine soziale Dimension. Insofern unterstützt der Mouvement Ecologique alle Maßnahmen, die auch Personen mit geringerem Einkommen ein Recht auf adäquaten Wohnraum einräumen. Die Wohnungsbauförderung sollte gezielter und stärker als in der Vergangenheit auf sozial Schwächere ausgerichtet werden.

10. Im Dialog mit dem Bürger: Informationskampagne „nachhaltige Entwicklung“ und Konsum starten

Wohl spricht jeder von der nachhaltigen Entwicklung, doch wie sehr die Umsetzung dieses Konzeptes unseren Alltag beeinflussen wird, ist wohl den wenigsten bewusst. So sind z.B. auch Fakten wie jene, dass eine gänzliche Umgestaltung der Energieversorgung in den nächsten 50 Jahren erfolgen muss (die Gas- und Ölreserven werden dann größtenteils aufgebraucht sein) oder aber dass grundsätzlich der Ressourcenverbrauch bis zum Jahre 2050 um quasi 80% reduziert werden muss, nicht in dem Ausmaß bekannt. Auch was in der Realität mehr Gerechtigkeit zwischen den Ländern des Nordens sowie des Südens betrifft, so besteht noch ein erheblicher Bedarf an Bewusstseinsbildung.

Deshalb ist eine regelrechte sogenannte **„Awareness-Kampagne zur nachhaltigen Entwicklung“** sinnvoll.

Dabei gälte es auch die kulturelle Dimension der nachhaltigen Entwicklung in den Vordergrund zu stellen, denn die Umgestaltung unseres Gesellschaftsmodells im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung setzt nicht nur technische Maßnahmen voraus, sondern greift viel tiefer in die kulturelle Identität unserer Gesellschaften ein. Im Rahmen der Informationskampagne sollte auch dargelegt werden, welche Schritte der Einzelne, Politik und Betriebe ... im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ergreifen können.

Ebenso wichtig ist aber auch ein **„Aktionsplan für nachhaltigen Konsum“**. Sowohl Staat, Gemeinden,

Betriebe wie Privatpersonen können durch ihr Konsumverhalten einen wesentlichen Beitrag in Richtung „nachhaltige Entwicklung“ leisten. Der Kauf regionaler Produkte (regionale Hölzer für Möbel), der Verzicht auf problematische Stoffe (PVC) und ihr Ersetzen durch bessere Substanzen, die Bevorzugung biologischer Lebensmittel u.a.m. sind Stichwörter in diesem Sinne. Ein regelrechter Aktionsplan (der alle Bevölkerungskreise anspricht) sollte gewährleisten, dass alle Akteure verstärkt ihre Verantwortung übernehmen.



11. Die Landwirtschaft fit machen für eine nachhaltige Entwicklung

Die Landwirtschaft steht vor gigantischen Herausforderungen: diese reichen von der Problematik des konkurrierenden Weltmarktes bis hin zur Tatsache, dass sie weitgehend im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verändert werden muss (betreffend Pestizideintrag, Energiebilanzen u.a.m.).

Der Mouvement Ecologique spricht sich deshalb für einen **nationalen Aktionsplan „Fortentwicklung der Luxemburger Landwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“** aus. Alle Akteure sollten daran beteiligt werden und er sollte mittel- bis langfristige Optionen der landwirtschaftlichen Strukturen in Luxemburg offen legen, die sowohl den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung aus ökologischer als auch aus ökonomischer und sozialer Sicht gerecht werden. Parallel sollte eine **Analyse „Umweltqualitätsziele in der Landwirtschaft“** durchgeführt werden, in der offen die heutigen Probleme umfassend dargestellt und Lösungswege aufgezeigt werden.

Von Bedeutung ist für den Mouvement Ecologique ebenso, dass der **Aktionsplan Biolandbau** mit Leben

gefüllt wird. Die Regierung sollte sich weitaus stärker zum Biolandbau bekennen, dies auch gezielter Landwirten und Konsumenten vermitteln. Traditionelle Landwirte sollten bewusst seitens der Regierung auf eine Umstellung auf den Biolandbau angesprochen werden, in öffentlichen Ausschreibungen (staatliche Kantinen, Krankenhäuser, „soins à domicile“...) sollte überwiegend auf Biolebensmittel zurückgegriffen werden.

Der Mouvement Ecologique setzt sich aber auch konsequent für die **Einführung von Mindest-Naturschutzkriterien betreffend die Landschaftspflegeprämie sowie eine „Landschaftspflegeprämie Plus“** ein. Denn die derzeitige Prämie ist nicht ausreichend an Naturschutzaspekte gekoppelt. Darüber hinaus gilt es Landwirte, die besondere Anstrengungen machen, mittels einer speziellen Prämie (Landschaftspflegeprämie Plus) besonders zu unterstützen. Eine **Verstärkung der ASTA** zur besseren Abstimmung zwischen landwirtschaftlichen und natur- / und wasserschützerischen Interessen sollte gewährleistet werden.

Im Interesse der Landwirtschaft sollte aber auch ein

nachvollziehbares Raster für Eingriffsregelungen seitens des Naturschutzes erstellt werden. Agrar-, Umwelt- und Biodiversitätsprogramme sollten im übrigen attraktiver gestaltet werden (schnellere Umsetzung der EU-Bestimmungen in Luxemburger Recht, schnellere Ausbezahlung der Landwirte).

Generell drängt sich eine **bessere Koordination der landwirtschaftlichen Beratung** auf.

Die **Diversifizierung der Landwirtschaft** sollte ein wesentliches Zukunftsthema darstellen, u.a. durch die Förderung regionaler (biologischer) Produkte, die Bereitschaft Produktionsnischen verstärkt zu nutzen (z.B. im Bereich Obst, Gemüse, Geflügelfleisch ...). Eine **Neuorganisation der landwirtschaftlichen Labels** – die in der heutigen Form für den Verbraucher nicht mehr transparent sind – drängt sich auf. Es versteht sich von selbst, dass sich der Mouvement Ecologique weiterhin in aller Deutlichkeit **gegen die Nutzung der Gentechnologie im landwirtschaftlichen Bereich** ausspricht.

12. Für eine lebenswerte Umwelt durch eine konsequente Vorbeugepolitik

In Luxemburg wäre eine weitaus dynamischere Umweltpolitik unbedingt notwendig. Denn allzu sehr werden doch vor allem (und auch nicht immer zufriedenstellend) EU-Richtlinien umgesetzt, anstatt dass eine wirklich **aktive Politik** betrieben werden würde, die vor allem auch auf Prävention, Beratung, konkrete Aktionen usw. setzt.

Luxemburg sollte ein **Umweltgesetzbuch** verabschieden, das eine Harmonisierung der Gesetze erlaubt (sonder Zweifel ein wichtiger Schritt auch in Sachen „réforme administrative“). Denn derzeit ist die Umweltgesetzgebung auf zig Gesetze verteilt (die z.T. sogar mehrfach reformiert wurden und wozu es nicht einmal einen „texte coordonné“ gibt), diverse Gesetze greifen auch in fast nicht mehr durchschaubarer Weise in andere ein ...

Der Mouvement Ecologique tritt für die **Überarbeitung der heutigen Lärmgesetzgebung im Sinne des Vermeidungs-Minderungsprinzips** ein: Dabei gilt es die Grenzwerte den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen und deutlich herabzusetzen sowie Qualitätsziele festzulegen, die Lärmvermeidung in den Vordergrund in den Vordergrund zu stellen ... Die **Aktionspläne Lärmschutz** zum Lärmschutz müssen diesen Neuerungen angepasst, umgehend umgesetzt werden und dürfen nicht auf wenige Gebiete begrenzt sein (Autobahnen, Flughafen usw.). Über die Vorgaben der EU-Direktive hinaus sollte landesweit ein **Lärminderungsplan** für zentral stärker vom Lärm betroffene Zonen erstellt werden. Dabei gilt es auch umzudenken: im Sinne einer präventiven Umwelt- und Gesundheitspolitik sollte es nicht nur Ziel der Politik sein,

durch Maßnahmen Grenzwerte zu unterschreiten, vielmehr sollte die Vorsorge, die Lärminderung und -vermeidung im Vordergrund stehen.

Das gleiche gilt für die Luftqualität: es sollten endlich **weitgehende Luftreinhaltepläne** erstellt werden, die nicht nur greifen, wenn die zulässigen (hohen) Schadstoffbelastungen den Grenzwert überschreiten, sondern die generell eine gute Luftqualität gewährleisten.

Derzeit wird zudem an einer **Überarbeitung der 4 Abfallwirtschaftspläne** gearbeitet (Abfälle aus privaten Haushalten / Betrieben / Krankenhäusern sowie Bauschutt). Die neuen Pläne müssen u.a. mit strengen Vorgaben und klaren Instrumenten vor allem auch der Abfallvermeidung versehen werden und eindeutige Umsetzungsvorschriften und -zeiträume enthalten. Altlasten sollten nicht nur weiterhin lediglich erfasst, sondern auch saniert werden.

Anstatt auch nachträglich zu bedauern, dass „guter“ Boden selten wird, sollte mittels eines **Bodenschutzgesetzes** sein Schutz präventiv gewährleistet werden. Innovative Konzepte, wie jenes der Vermeidung der immer stärker zunehmenden **Lichtverschmutzung**, sollten zudem angegangen werden. Dabei ist eine effizientere Umsetzung der **Kommodo-Inkommodo-Gesetzgebung** (bessere Kontrolle u.a.m.) sowie aber auch eine **systematischere Beratung (und auch finanzielle Förderung) der Betriebe**, die im Umweltbereich aktiv werden wollen, unerlässlich.

Luxemburg hat zwar die Wasserrahmenrichtlinie in einem Gesetz umgesetzt, aber von dorthin bis zu

konkreten Maßnahmen ist noch ein weiter Weg. Vor allem stellt sich der Mouvement Ecologique die Frage, mit welchen Ressourcen welche Akteure überhaupt die Umsetzung übernehmen sollen. Deshalb sollte ein **regelrechter Aktionsplan „Praktische Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie“** erstellt werden, in dem klare Zeithorizonte festgelegt, verantwortliche Akteure bestimmt werden. Zudem gilt es zur Finanzierung der Maßnahmen ein regelrechtes Finanzierungskonzept darzulegen.

In diesem Zusammenhang drängt sich ein **Audit des Wasserwirtschaftsamtes** auf. In seiner heutigen Struktur und mit der derzeitigen Personaldecke wird es die anfallenden Arbeiten nicht bewältigen können. Dabei gilt es auch verstärkt Syndikate und Gemeinden als Partner einzubinden und **neue Kompetenzeinteilungen** zwischen den Akteuren festzulegen.

Zentral ist es die Umsetzung der **Trinkwasserschutzgebiete** voranzutreiben. Es ist fast unerträglich, dass seit Jahrzehnten an der Ausweisung dieser Gebiete gewerkelt wird, und immer noch nichts konkretes erfolgte. Es gilt – in enger Zusammenarbeit zwischen wasserwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Akteuren – in kürzester Zeit die adäquaten Maßnahmen, Bewertungsmethoden und Entschädigungen zu definieren. Zur Erstellung dieser Regelwerke müssen die nötigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt und klare Umsetzungsziele festgelegt werden. Dabei ist eine Verankerung des Gewässerschutzes in der „cross compliance“ unerlässlich (da dies Entschädigungen für Landwirte erlaubt).

13. Biodiversität und Landschaften erhalten – ein Mehr auch an Lebensqualität

Was die Thematik des Naturschutzes betrifft, so sollte es prioritäres Ziel sein, **den Naturschutz auf der Fläche** zu gewährleisten. Vor allem Naturschutzsyndikate leisten diesbezüglich eine wertvolle Arbeit. Dort wo dies noch nicht der Fall ist, sollte der Staat Gemeinden dafür gewinnen, einem **regionalen Naturschutzsyndikat** beizutreten. Die Arbeit und Projekte dieser Syndikate sollten auch weiterhin privilegiert vom Staat finanziell unterstützt werden.

Der **ationale Plan für Naturschutz**, den der Mouvement Ecologique begrüßt, muss mit Leben erfüllt werden, u.a. indem die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung zur Verfügung gestellt werden. Von ebensolcher Bedeutung ist es aber auch, die konkrete **Ausweisung der Natura 2000-Gebiete** voranzutreiben, dies mittels großherzoglicher Reglemente. Dies ist die Prämisse dafür, dass sie ausreichend in die Bebauungspläne der Gemeinden aufgenommen

werden können. Die Verabschiedung der Reglemente mit konkreten Schutzmaßnahmen sollte bis 2010 abgeschlossen sein. Gemeinden sollten zudem in diesen Prozess einbezogen werden. Der Naturschutz sollte aber auch im Rahmen der **kommunalen Planung** gestärkt werden: u.a. sollte der Staat gezielt die Idee der Durchgrünung der Städte unterstützen und die Ausweisung kommunaler Naturschutzgebiete sollte erleichtert werden (die derzeitige Praxis, dies mittels großherzoglichem Reglement zu tun, ist kontraproduktiv).

Es braucht auch klare Vorgaben betreffend die angestrebte **Kompensierungsregelung** bei Eingriffen in die Natur. Der Mouvement Ecologique tritt für eine Verankerung der Modalitäten im Naturschutzgesetz ein, wobei es strikte Regeln anzuwenden gilt (Vermeidungsgebot u.a.m.) Unerlässlich ist zudem ein **neues Flurordnungsgesetz**. Die heutige Praxis ist aus Naturschutzsicht nicht tragbar, bis zur

Verabschiedung eines neuen Gesetzes sollte ein Moratorium ausgesprochen werden, das neue Gesetz sollte dann stärker Naturschutzkriterien und Demokratieaspekte berücksichtigen.

Die Frage der **Valorisierung von Holz** als Biomasse sollte zudem geklärt und grundsätzlich die veraltete Waldgesetzgebung reformiert werden. Nicht zuletzt: Die **Reform des Jagdgesetzes** ist unerlässlich und zwingend: falls denn diese Reform nicht mehr kurzfristig durchgeführt werden kann, sollte sie 2010 unbedingt gewährleistet werden.

Für **Genehmigungsprozeduren** gilt es ein allgemeingültiges, nachvollziehbares Bewertungsraster zu erstellen, das für die Bürger und Gemeinden einsehbar und für die Verwaltung bindend ist.

14. Durch Gesundheitsvorsorge neue Wege in der Gesundheitspolitik

In der Gesundheitspolitik muss in Zukunft weitaus stärker als in der Vergangenheit der Akzent auf die Gesundheitsvorsorge gelegt werden. Es gilt nicht nur Krankheiten zu vermeiden, sondern die Gesundheit zu stärken. Hierzu sind alle Akteure gefordert.

Die **Gesundheitskassen** sollten (auch in der Logik der Namensänderung) weitaus stärker als Akteure der Gesundheitsvorsorge agieren. Dies bedeutet, dass sie zielgruppenspezifische Sensibilisierungsaktionen zur Gesundheitsvorsorge durchführen sollten, auch in zu klärendem Umfang gesundheitsfördernde Maßnahmen (Ernährungsberatung, therapeutische Leistungen...) honorieren sowie die systematische Weiterbildung der Ärzte unterstützen sollten.

Gesundheitsförderung bedeutet aber auch in den Gemeinden aktiv werden, notwendig wäre ein

„Aktionsplan Gesundheitsförderung und -prävention“.

Stichworte in diesem Zusammenhang sind: „gesundheitsfördernde Lebenswelten“ (d.h. die Schaffung von Lebensräumen die Bewegung ermöglichen u.a.m.), Empowerment von BürgerInnen (damit diese selbst aktiv werden, Kurse zur gesunden Ernährung organisieren u.a.m.), Präkarisierung vermeiden (d.h. spezifische Präventionsprogramme für verschiedene soziale Gruppen entwickeln), die Beratung auch dezentral ausbauen ...

Darüber hinaus gilt es einen **Maßnahmenplan „Umwelt und Gesundheit“** zu erstellen, in dem stärker als in der Vergangenheit der Zusammenhang von Umweltschutz/-belastungen und Gesundheit in Planungen thematisiert wird und sich das Gesundheitsministerium stärker in diese Fragestellungen einmischte. In der Konsequenz gilt es die **Umweltambulanz auszubauen**, da diese derzeit

hoffnungslos überlastet ist. Auch die umfassendere **Rückerstattung umweltmedizinischer Diagnostik und Therapieleistungen**, die **Schaffung eines Instituts für Präventionsforschung** bzw. für den Zusammenhang „Umwelt und Gesundheit“ sollten in diesem Zusammenhang geklärt werden.

Die **Rolle der öffentlichen Hand** sollte zudem durch eine gesundheits- und umweltschonende Beschaffung stärker in den Vordergrund gestellt werden: Stichwort sind Gesundheitsförderung in öffentlichen Institutionen sowie öffentliche Ausschreibungen nach umwelt- und gesundheitsbewußten Kriterien.

Und nicht zuletzt: es ist erwiesen, dass **alternative Medizinformen** durchaus hilfreich sein können. Die Frage, welche dieser Formen auch von den Krankenkassen rückerstattet wird, sollte endlich geklärt werden.

„Votum Klima“



Ende Januar stellten Action Solidarité Tiers Monde, Caritas Luxembourg, Greenpeace und Mouvement Ecologique ihre gemeinsamen Forderungen in punkto Klimaschutz und Klimagerechtigkeit an die zukünftige Regierung vor. Klimaschutz ist nicht nur eine Notwendigkeit, um die Lebensgrundlagen von Abermillionen Menschen vor den Auswirkungen des Klimawandels zu bewahren, Klimaschutz bedeutet auch eine neue Perspektive für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Zusammengeschlossen zur Initiative „Votum Klima“ sind die vier Organisationen zum Schluss gekommen, dass eine Kehrtwende in Sachen Klimaschutz und Energieversorgung möglich ist.

Entwicklungspolitik und Klimagerechtigkeit gehören zusammen

Für den größten Teil der Weltbevölkerung stellt der Klimawandel eine existentielle Bedrohung dar. Obwohl die Menschen in den ärmeren Teilen der Erde am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind sie schon heute die Hauptleidtragenden für unseren verschwenderischen Umgang mit fossilen Brennstoffen. „Ohne Klimaschutz gibt es weder globale Gerechtigkeit noch ein Gelingen der Millenniums-Entwicklungsziele“, so Norry Schneider von Caritas Luxembourg. „Wenn wir es ernst damit meinen, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Entwicklung

haben, dann müssen wir uns nicht nur zu sofortigen und weitreichenden Klimaschutzzielen verpflichten, sondern diese auch umgehend umsetzen. Die Industrienationen müssen für die Anpassungskosten in den besonders betroffenen Entwicklungsländern aufkommen und diese beim Aufbau einer klimaverträglichen Energieversorgung unterstützen. Es geht also hier ganz klar nicht nur um eine klimapolitische, sondern auch um eine ethische Debatte.“

Katastrophenschutz und Hilfeleistung sind wichtige Inhalte der



Entwicklungszusammenarbeit. Die Regierung muss dafür sorgen, dass alle Akteure in die Ausarbeitung einer konsequenten Klimaschutz-Strategie eingebunden werden. In Absprache mit den am stärksten betroffenen Entwicklungsländern, muss sie sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass Umwelt- und Klimaschutz und die Armutsbekämpfung dem freien weltweiten Handel übergeordnet werden.



Zuhause handeln statt Verschmutzungsrechte kaufen

In Sachen Klimaschutz ist Luxemburg alles andere als vorbildlich. Nur auf dem Papier wird das Land seine Kyoto-Klimaschutzziele erreichen. Die tatsächlichen Treibhausgas-Emissionen liegen derzeit nur geringfügig unter denen des Kyoto-Ausgangsjahrs 1990. Dietmar Mirkes von Action Solidarité Tiers Monde stellt hierzu fest: „Mit ihrer Politik, fast das gesamte Reduktionsziel durch den Einkauf von Emissionsrechten abdecken zu wollen, verstößt die Regierung gegen das Kyoto-Protokoll. Als Land mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen und dem höchsten Einkommen aller OECD-Staaten darf sich Luxemburg nicht weiter hinter EU-Durchschnittswerten verstecken, sondern muss ein neues klimapolitisches Leitbild entwickeln, das seiner globalen Verantwortung und seinen Fähigkeiten gerecht wird. Luxemburg muss zu Hause handeln, statt Emissionsrechte zu kaufen.“

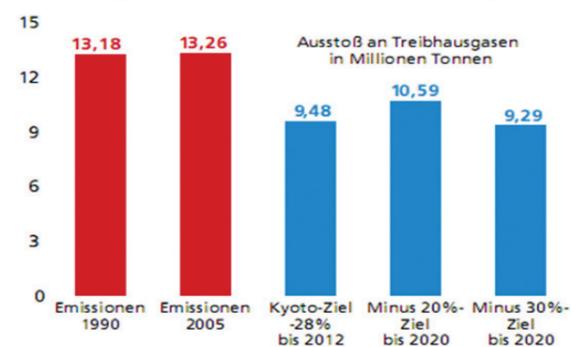
Bis 2012 möchte das Land schätzungsweise eine Viertel Milliarde Euro in mehr oder weniger fragwürdige Klimaschutz-Projekte im Ausland investieren – Geld, das für nationale Klimaschutzmaßnahmen fehlt. Diese „Ablass-Politik“ könnte sich jedoch schon bald rächen: von 2013 bis 2020 kann Luxemburg laut den Vorgaben des im Dezember beschlossenen EU-Klima- und Energiepakets „nur noch“ etwa 40% seiner Emissionen durch den Kauf von Emissionsrechten abdecken. Die restlichen 60% müssen durch inländische Maßnahmen erreicht werden. Doch dies geschieht nicht „von heute auf morgen“. Umso dringlicher ist daher die Forderung, schnellstens umfangreiche inländische Klimaschutzmaßnahmen einzuleiten.

30% weniger Treibhausgasemissionen bis 2020 sind machbar !

Damit die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius begrenzt werden kann, müssen den Aussagen des Weltklimarates IPCC zufolge die Industrienationen ihre Emissionen bis 2020 um 25-40% reduzieren. Nach Ansicht von Votum Klima ist eine Verringerung der luxemburgischen Treibhausgasemissionen um mindestens 30% bis 2020 durch inländische Maßnahmen machbar. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der durch Transitverkehr und Tanktourismus verursachte „Treibstoffexport“, der für etwa 42% der Gesamtemissionen Luxemburgs verantwortlich ist. Doch auch in allen anderen Sektoren sind Klimaschutzmaßnahmen nicht nur möglich, sondern unbedingt notwendig. „Zu behaupten, Luxemburg hätte keine nennenswerten Reduktionspotentiale, ist schlichtweg falsch“, stellt Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg fest.

Mindestens 30% weniger Treibhausgase bis 2020 sind machbar

Treibhausgas-Reduktionsziele für Luxemburg



„Seit Jahren versäumt es die Regierung, systematisch zu untersuchen, welche Möglichkeiten im Öffentlichen Transport, in Industrie, Handwerk, in der Landwirtschaft oder auch im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung bestehen. Wir brauchen mehr denn je eine umfassende und systematische Analyse der Einspar- und Effizienzpotentiale in allen Sektoren und, darauf aufbauend, verbindliche Reduktionskonzepte. Freiwillige Vereinbarungen, wie sie derzeit mit Industrie und Finanzsektor bestehen, sind keine Option mehr.“

Kohärente Strukturen und kohärentes Handeln sind gefragt

Konkrete und verbindliche Reduktionsziele sind ein Muss. Um sie aber erfüllen zu können, sind strukturelle Veränderungen unvermeidlich. „Um ambitionöse Klimaziele erreichen zu können, braucht es Kohärenz sowohl in den Strukturen als auch im Handeln der zukünftigen Regierung“, meint Paul Polfer vom Mouvement Ecologique. Was erstere angeht, soll ein „Zukunftsministerium“ die Kompetenzen für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Energiepolitik bündeln und eine „Fiche technique Climat“ für alle Gesetze und Projekte eingeführt werden. Die zukünftige Regierung ist ausserdem aufgefordert, einen Aktionsplan zur Realisierung des einheimischen Potentials Erneuerbarer Energien sowie zum Ausbau dezentraler Energiesysteme aufzulegen.

„Gerade in Zeiten von Finanz- und Konjunkturkrise profitieren Haushalte, Handel, Handwerk, Industrie, Landwirtschaft und damit auch der Arbeitsmarkt vom Klimaschutz zuhause“, so Paul Polfer weiter, „und zwar durch Investitionen in erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, Biolandwirtschaft, Energieberatung und dezentrale Energieversorgung.“

Eine Zusammenfassung der Forderungen von Votum Klima finden Sie auf der Webseite des Mouvement Ecologique www.oeko.lu und der anderen Organisationen sowie auf der Webseite www.votumklima.lu. Gerne schicken wir Ihnen auch die Zusammenfassung in Form einer Broschüre zu: Tel. 439030-1, meco@oeko.lu



OekoTopten.lu als Verkaufsargument

Immer mehr Firmen nutzen OekoTopten.lu um energiesparende und umweltschonende Produkte besonders hervorzuheben.

So nutzen Volvo und BMW das OekoTopten-Logo in ihren Broschüren, um für ihre CO₂-armen Modelle zu werben. Die Internetseite www.Mercedes-Benz.lu macht auf ihre Modelle aufmerksam, welche die OekoTopten-Kriterien erfüllen. Unser Partner Hifi-International wird in der nächsten Broschüre die A++-Kühlgeräte mit dem OekoTopten-Logo hervorheben. Auch Liebherr markierte letztes Jahr in ihrem Prospekt die in Frage kommenden Geräte mit dem Logo. Cactus integrierte 2008 OekoTopten.lu in ihrer Kampagne „Natierlech“ und die Firma B/S/H lud OekoTopten.lu in die RTL-Emission „Mikrowell onTour“ ein, um die Produktlisten der Haushaltsgeräte vorzustellen. Auch in Zukunft will OekoTopten.lu verstärkt mit dem Handel zusammenarbeiten, um dem Konsumenten die Auswahl an energiesparenden und umweltschonenden Produkten zu erleichtern. Trotz steigender Anzahl an Partnerschaften garantiert OekoTopten.lu seine Abhängigkeit gegenüber Herstellern und Importeuren.

OekoTopten.lu: Partnerschaften im Sinne der Umwelt

Auf der Internetseite www.oekotopten.lu dreht sich alles um umweltschonende Produkte. Zahlreiche Produktlisten und Tipps zu Haushaltsgeräten, Autos und Energiesparlampen sind mit einem einfachen Klick abrufbar. Oft ist es aber mit dem Klick nicht getan, da der Kunde das Gerät in einem Geschäft finden muss.

Die Partnerschaften zwischen Elektrogeschäften und OekoTopten.lu bieten hier eine konkrete Lösung. In einer Art Vertrag verbinden sich die Geschäfte OekoTopten-Produkte mit einem Sticker zu kennzeichnen. Des Weiteren verpflichten sich die Geschäfte bei der Erweiterung ihres Angebotes vermehrt auf energieeffiziente Geräte zurückzugreifen. Somit hat der Kunde die Gewissheit mit einem OekoTopten-Partnergeschäft die richtige Wahl getroffen zu haben. Die Anzahl der Partnergeschäfte nimmt ständig zu. Eine aktuelle Liste mit allen neuen Partnergeschäften finden Sie in der folgenden Tabelle oder aber auf der Internetseite www.oekotopten.lu.

Thierry LAGODA
Projektleiter www.oekotopten.lu
Tel.: 43 90 30-46

Aktuelle OekoTopten Partnergeschäfte

CACTUS HOBBI

- LA BELLE ETOILE
L-8050 Bertrange
- 6, avenue de Luxembourg
L-4950 Bascharage
- route de Mondorange
L-4147 Esch-sur-Alzette
- 4, rue des Scillas
L-2529 Howald
- route d'Ettelbruck
L-9230 Diekirch

ELECTRO-CENTER

- Zone Industrielle
16, allée J.W. Leonard
L-7526 Mersch
- 1, rue de Blaschette
L-7353 Lorentzweiler
- 24, rue G.D.Charlotte
L-7520 Mersch

HIFI INTERNATIONAL

- 35, Route de Longwy
L-8080 Bertrange
- 15, rue des Scillas
L-2529 Howald
- KNAUF CENTER
L-9964 schmiede
- KNAUF CENTER
L-9938 Pommerloch
- TOPAZE SHOPPING CENTER
L-7526 Mersch

ELECTRO FERREIRA SARL

3, Rue due Cimetière
L-1338 Luxembourg
Tél.: 49 82 86

SINGER / THEISEN & SCHMITZ SARL

31, Avenue Monterey
L-2163 Luxembourg
Tél.: 22 24 44

ELECTRICITE F. WAGNER ET FILS

12, rue de la Gare
L-6440 Echternach

ELECTRO CLAUDE JACOBY

2, rue de l'école
L-8367 Hagen

ELECTRICITE WAGENER ET FILS

34, Route d'Arlon
L-8210 Mamer

ELECTRO EN GROS JOS. BINTZ

L-4384 Ehlerange
Z.I. ZARE-Ouest 7

N. FOLSCHETTE SARL

16, Route de Luxembourg
L-1899 Kockelscheuer

ELECTROSHOP

34-36 BVD J.F Kennedy
L-4170 Esch-Alzette

MAISON BINTZ SARL

49, av. G.D. Charlotte
L-3441 Dudelange

BAUER SUCC. OLIVEIRA & JUSTO SARL

13, route de Luxembourg
L-5551 Remich

ELECTRO BRUNA SUCC. CLAUDE LEIFGEN ELECTRO A KICHENZENTER SARL

24, rue de Tetange
L-3672 Kayl



Einladung

Der Mouvement Ecologique Regionale Syrdall lädt alle EinwohnerInnen der Gemeinden Contern, Niederanven, Sandweiler und Schüttringen herzlich zu einer Diskussionsrunde ein:

Nationalwahlen 2009 - Wéi eng Entwécklung fir eis Region?

am Donnerstag, den 12. März um 20.00 Uhr
im Festsaal des Kulturzentrums
in Schüttringen



Die Nationalwahlen stehen ins Haus... Wie sehen Kandidaten der politischen Parteien aus dem Syrdall die Prioritäten für unsere Region? Für welche Akzente würden sie sich einsetzen?

- Wie soll generell die Entwicklung unserer Ortschaften aussehen? Wie stark sollen sie anwachsen? Wie soll die Entwicklung auch im Bereich der Arbeitsplätze / der Aktivitätszonen aussehen? Welchen Stellenwert sollen Themen wie Naherholungsgebiete, Energiesparen u.a.m. haben?
- Welche Maßnahmen sind geplant auf der Ebene der Mobilität: Ausbau der Zugstrecken, Busspuren, Fahrradpisten ... wie soll sich der Individualverkehr entwickeln?
- Wie sollen die BürgerInnen noch stärker in die Gestaltung der Gemeinden eingebunden werden?

An dem Rundtischgespräch werden folgende Politiker teilnehmen:

- Alexandre Krieps (DP, Contern)
- Claude Marson (LSAP, Schuttrange)
- Paul Ruppert (Déi Gréng, Sandweiler).
- Raymond Weydert (CSV, Niederanven)

Nach dem Rundtischgespräch werden die Politiker Fragen aus dem Publikum beantworten.

Beendet wird die Veranstaltung mit einem „Patt“, angeboten von der Gemeinde Schüttringen.



Mouvement Ecologique a.s.b.l.

6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal
Tel.: 43 90 30-1 Fax: 43 90 30-43
Mail: meco@oeko.lu

www.oeko.lu